

# DER **KRITIK.** PUNKT

Newsletter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag  
Nummer 10 · Mai 2009



## Der Weg zur Aufklärung ist frei

Landtag beschließt Asse-Untersuchungsausschuss

*In dieser Ausgabe lesen Sie:*

Editorial .....	Seite 2
Untersuchungsausschuss zum Atommülllager Asse II .....	Seite 2
Desinteresse an einem sozialen Europa .....	Seite 3
Integrierte Gesamtschulen im Würgegriff.....	Seite 3
Kampf gegen Nazis muss länderübergreifend sein.....	Seite 3
Ein Schutzschirm für Arbeitsplätze .....	Seite 4
Schuldenbremse bedeutet Sozialabbau .....	Seite 4

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

löchrige und rostende Atom-  
müllfässer, Gifte wie Arsen,  
Tierkadaver - das Motto im  
Umgang der  
Regierung mit  
der Asse war  
immer ein krimi-  
nell fahrläs-  
siges „Wird schon gut gehen“. Vor  
einem Jahr bereits hatten wir im  
Landtag einen Untersuchungsaus-  
schuss gefordert, damit endlich  
geklärt wird, was im durchlöcher-  
ten Salzstock Asse II lagert. Das  
Schließungskonzept muss sich  
nämlich danach richten, wie sich  
der eingelagerte Chemie-, Atom-  
und Unliebsamkeiten-Cocktail  
zusammensetzt und miteinander  
reagieren könnte. Jetzt hat sich  
unter dem Druck der Öffentlichkeit  
und des auf Wiederwahl hoffenden  
Bundesumweltministers Gabriel  
auch die SPD im Landtag endlich  
zu einem Untersuchungsaus-  
schuss durchgerungen - er kommt  
also. Kurt Herzog, viel Erfolg bei  
der Aufklärungsarbeit!  
Aber auch in der Schulpolitik  
herrscht schwarzgelbes Regie-  
rungs-Chaos. Zu wenig Lehrkräfte,  
Gesamtschulverhinderung und  
Qualitätsabbau in den Grundschu-  
len - gegen diesen Bildungskahl-  
schlag haben allein am neunten  
Mai über zehntausend Menschen  
in Hannover protestiert. Und  
trotzdem wollen Kultusministerin  
Heister-Neumann und Ministerprä-  
sident Wulff ihren Kurs blindwütig  
fortsetzen und ihre Schulgesetzän-  
derungen bis Anfang Juni durchbo-  
ren - noch vor dem Bundestags-  
wahlkampf. Das Ganze erinnert  
an das feudalistische „Ein jeder  
nach seinem Stand“-Denken von  
vor über hundert Jahren. Damit  
Heister-Neumann, Wulff und Co.  
endlich im Heute ankommen,  
muss wohl noch mehr Druck her,  
sichtbar nervös sind sie schon.



Ihre  
Kreszentia Flauger  
(Fraktionsvorsitzende)

## Untersuchungsausschuss zum Atommülllager Asse II SPD musste sich öffentlichem Druck beugen

Ein Untersuchungsausschuss des Landtages wird sich ab dem Sommer mit den Pannen und Schlampereien im Atommülllager Asse II befassen. Nicht zuletzt durch den beharrlichen Druck von LINKEN und Grünen will jetzt nach langem Zaudern auch die SPD zustimmen. Dadurch ist das notwendige „Ja“ von 20 Prozent der Abgeordneten gesichert. LINKE und Grüne hatten den Ausschuss, der Licht ins Dickicht rund um das Atommülllager bringen soll, schon vor einem Jahr beantragt. Im einsturz- und flutungsgefährdeten ehemaligen Salzbergwerk bei Wolfenbüttel lagern rund 126 000 Fässer mit Atommüll, mindestens elf Kilogramm Plutonium und andere hochgiftige Stoffe wie Arsen. Welche das im Einzelnen sind, weiß niemand so genau, weil die Fässer oft nicht richtig etikettiert und Begleitpapiere sowie Eingangsprüfungen mangelhaft sind. Selbst der TÜV räumt eine Quote von zehn Prozent falschen Deklarierungen ein. In einer Einlagerungskammer in rund 725 Metern Tiefe drohen bereits größere Gesteinsbrocken auf offenliegende Fässer zu stürzen. Die maroden, teils bereits jetzt defekten Atomfässer rausholen und das Lager dichtmachen kann man aber nur, wenn die Inhaltsstoffe bekannt sind. Nur dann können Fachleute das Reaktionsverhalten des gesamten Chemiecocktails abschätzen.

„Was über 40 Jahre lang in der Asse gemacht wurde, offenbart ein Höchstmaß an Fahrlässigkeit bei den Entscheidungen der Verantwortlichen“, stellt der umweltpolitische Sprecher der LINKEN, Kurt Herzog, im Landtag fest. Er meint damit ausdrücklich auch verantwortliche Politiker. Pikant: Der heutige SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner war zwischen 1998 und 2003 niedersächsischer Umweltminister in der SPD-Landesregierung. Damit war er auch für die Aufsicht in der Asse verantwortlich. Der erste Statusbericht zeige, dass Gesundheitsgefährdungen für das Werkspersonal und womöglich auch für die Bevölkerung in Kauf genommen worden seien, moniert Kurt Herzog. Der Maßnahmenkatalog sei eine einzige Anklage gegen den ehemaligen Betreiber Helmholtz. Auch beim Transport des Atommülls ins ehemalige Salzbergwerk wurde geschlampt. Das legen Aussagen eines Braunschweiger Rangier-

meisters nahe, der auf schwere Schutzversäumnisse mit womöglich gesundheitlichen Folgen aufmerksam gemacht hat. Die Linksfraktion fordert deshalb, dass sich der Untersuchungsausschuss auch damit befassst.

Bisher hat sich der Umweltausschuss des Landtags mit dem Asse-Desaster beschäftigt, ist aber mangels Zeit und Möglichkeiten nicht weitergekommen. „Ich habe selten so viel Widersprüchliches, aber auch Verharmlosungen und Widerstände erlebt wie bei der punktu-



Der Umweltexperte der LINKEN im Landtag:  
Kurt Herzog

len Befragung von Betreiber, Aufsichtsbehörden, Ministeriumsvertretern und Gutachtern“, berichtet Herzog. Bleibt abzuwarten, inwieweit der Untersuchungsausschuss Licht ins Dunkel bringen kann. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern erhalten Untersuchungsausschüsse in Niedersachsen keine besonderen Rahmenbedingungen. Sie können zwar Befragte vereidigen, es fehlt aber an Strukturen und Geld, sodass die demokratische Kontrollarbeit schwerer wird. „Das gilt es für die Zukunft zu beseitigen“, betont Herzog.

# Desinteresse an einem sozialen Europa

Zum ersten Mal hat in dieser Legislaturperiode zu einem Thema im Landtag nur die Antrag stellende Fraktion gesprochen, in diesem Fall DIE LINKE. Der Antrag betraf einen Beschluss des Europäischen Parlaments zur Armutsbekämpfung, den sogenannten Zimmer-Bericht. Keine der anderen Fraktionen hat sich zu dieser Frage zu Wort gemeldet. „Ich halte es nicht für einen Zufall, dass dieses demonstrative Desinteresse ausgerechnet dann zum ersten Mal gezeigt wird, wenn es um Armutsbekämpfung geht“, sagt LINKEN-Fraktionschefin Kreszentia Flauger. „Wenn es um konkrete Taten gegen Armut geht, fehlen den anderen Parteien offenkundig die Worte.“ Der Bericht kritisiert beispielsweise, dass das Sozialhilfeniveau in den meisten Mitgliedsländern unterhalb der Armutsschwelle liegt, und dass immer mehr Menschen arm sind, obwohl sie einen Job haben.

Mit dem Antrag will die Linksfraktion einzelne Punkte des Zimmer-Berichts schnell umsetzen. Dazu gehört, Mindestlöhne in Höhe von 60 Prozent des Durchschnittslohns des jeweiligen Landes einzuführen. Auf Deutschland bezogen wäre

dies ein Stundenlohn von mehr als 10 Euro oder ein Brutto-Vollzeitlohn von rund 1.800 Euro. Ziel des Antrags ist es, dass Niedersachsen dazu eine entsprechende Bundesratsinitiative startet. Kinderarmut soll bis 2012 halbiert werden, und bis 2015 sollen 90 Prozent aller Kinder, vom Säuglingsalter bis zum Beginn der Schulpflicht, einen Platz in Betreuungseinrichtungen erhalten. In einem weiteren Antrag forderte die Linksfraktion außerdem, die Bürger durch mehr Demokratie, zum Beispiel mit Volksabstimmungen, in Entscheidungsprozesse einzubinden. Menschen mit Behinderungen sollen durch umfassende Barrierefreiheit besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Statt Kohlekraftwerke setzt DIE LINKE auf einen Ausbau der Erneuerbaren Energien, vor allem die Windkraft ist für Niedersachsen ein wichtiger Wirtschaftszweig. „Wir empfehlen, das VW-Gesetz als Vorbild zu sehen, in der Landwirtschaft auf Qualität statt auf Masse zu setzen und die regionalen Absatzmärkte zu fördern“, skizziert Flauger weitere Eckpunkte des Antrags. Verkehr müsse von der Straße auf Wasser und Schiene verlagert werden.

# Integrierte Gesamtschulen im Würgegriff

## Volle Halbtagsgrundschule wird abgeschafft

Trotz massiver Proteste hat die Landesregierung ihre Schulgesetze novelle beschlossen und will das sogenannte Turbo-Abi nach zwölf Schuljahren auch an Integrierten Gesamtschulen (IGS) einführen. Dagegen hatten mehr als 10.000 Schüler und Lehrer aus ganz Niedersachsen am 9. Mai in Hannover demonstriert. Für Eltern und Lehrer an Gesamtschulen bleibt unverständlich, wie ihre Schulform das Turbo-Abi unbeschädigt überstehen soll. Zu den Grundgedanken der IGS gehört das gemeinsame Lernen in leistungsgemischten Gruppen von Hauptschul- bis Gymnasial-Niveau, das Offenhalten der Schullaufbahn für alle und die Durchlässigkeit zwischen A- und B-Kursen. Für leistungsstarke Schüler sollen nun Z-Kurse eingeführt werden. Damit wird die Durchmischung aufgehoben und die Schüler werden stärker und früher voneinander getrennt. „Die Landesregierung hat mit ihrem Schulgesetz den Kern der Gesamtschulidee zerstört“, sagte Christa Reichwaldt, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag. „Wir wollen, dass alle Schüler nach ihrem individuellen Entwicklungsstand und persönlichen Lerntempo gefördert werden. Deswegen sind wir gegen das Turbo-Abi – nicht nur an Gesamtschulen.“ Der vorgelegte Entwurf nimmt nicht nur die Gesamtschulen in den Würgegriff, sondern richtet auch Haupt- und Realschulen stärker auf die berufliche Bildung aus. Dadurch

wird der Wechsel aufs Gymnasium für die Schüler erschwert, weil sie Lerninhalte verpassen. „Der Zaun um die Gymnasien wird noch höher gezogen, das ist fatal“, kritisierte Reichwaldt. Die Landesregierung komplettiert ihren Scherbenhaufen in der Schulpolitik mit der Abschaffung der Vollen Halbtagsgrundschule zum 1. August nächsten Jahres. Damit verlieren die betroffenen Grundschulen ihre guten Betreuungsschlüssel, weil voll ausgebildete Lehrkräfte teilweise durch nicht näher definierte pädagogische Mitarbeiter ersetzt werden.



10.000 Schüler und Lehrer demonstrieren in Hannover gegen die Schulpolitik der Landesregierung.

# Kampf gegen Nazis muss länderübergreifend sein

Neonazis sind heutzutage sehr mobil, wenn es darum geht, Rechtsrockkonzerte abzuhalten. Veranstaltungen werden nicht nur strategisch geplant, sondern auch mal schnell bei Bedarf über Landesgrenzen hinweg verlegt. Das wurde auf einer Sitzung der linken Landtagsfraktionen von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen in Halberstadt deutlich. Die Linkspolitiker wollen deshalb erreichen, dass die Bundesländer im Kampf gegen Rechtsextremismus viel stärker als bisher zusammenarbeiten. Erst im November vergangenen Jahres haben Neonazis ein in Stadthagen geplantes Rechtsrockkonzert kurzerhand in das sachsen-anhaltische Harbke verlegt. Die dortige Polizei erfuhr erst am Tag der Veranstaltung davon und war so nahezu handlungsunfähig. Beim Konzert traten einschlägige Bands aus ganz Europa auf, darunter „Faustrecht“, „Sturmwehr“ und „Angry Bootboys“ aus Deutschland. Hinter der Bühne hing ein Transparent von „Honour & Pride Niedersachsen“ – eine Nachfolgestruktur des verbotenen Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“. Um das Nazitreiben einzudämmen, fordert DIE LINKE in einem Antrag, die länderübergreifende Kooperation von Polizei und Ordnungsbehörden zu verbessern. Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann, hat mobile Sonderheiten vorgeschlagen, die vor

allem an Wochenenden bekannte Treffpunkte der Naziszene aufsuchen. Die Polizei müsse außerdem über Landesgrenzen hinweg mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten.

## Schuldenbremse bedeutet Sozialabbau

### Föderalismus soll auf den Kopf gestellt werden

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) will im Bundesrat der sogenannten Schuldenbremse zustimmen und öffnet so weiterem Sozialabbau Tür und Tor. Demnach soll den Ländern ab 2020 keine Neuverschuldung mehr erlaubt sein, was auch ein massiver Angriff auf das Grundgesetz und die Niedersächsische Verfassung wäre. Das Sozialstaatsgebot ist ein unveränderlicher Teil des Grundgesetzes und hat gegenüber anderen Bestimmungen der Verfassung einen höheren Stellenwert. Wenn aber den Ländern die Aufnahme von Schulden per Verfassung verboten ist, müssen die Sozialausgaben dieser starren Grenze angepasst, sprich gekürzt, werden. Ausgeglichene Haushalte würden so wichtiger als das Sozialstaatsgebot.

Mit der geplanten Grundgesetzänderung greift der Bundestag tief in die föderale Struktur der Bundesrepublik ein. „Die Landesparlamente hätten bei den Einnahmen kein Mitspracherecht mehr und dürften über Ausgaben nur noch im Rahmen der Bundesgesetze, also über wenige Prozentpunkte, bestimmen“, kritisierte Dr. Manfred Sohn, Fraktionsvorsitzender der LINKEN. „Der Föderalismus würde auf den Kopf gestellt, die Länder würden so zu Vollstreckungsorganen des Bundes.“ Statt einer verantwortungslosen „Schuldenbremse“ verlangt die Linksfraktion, die Einnahmen des Landes durch eine Vermögenssteuer, eine gerechte Besteuerung von großen Erbschaften und einen besseren Steuervollzug zu verbessern.

### Impressum

Herausgeberin:  
Fraktion DIE LINKE  
im Niedersächsischen Landtag  
Titelfoto: Robin Wood  
Readaktion: Christian Degener,  
Michael Fleischmann und Jan Langehein  
V.i.S.d.P.: Christa Reichwaldt  
Anschrift:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Kontakt:  
Tel.: 05 11 / 30 30 44 02  
Fax: 05 11 / 30 30 48 80  
info@linksfraktion-niedersachsen.de  
www.linksfraktion-niedersachsen.de

## Ein Schutzschirm für Arbeitsplätze Landesregierung schützt nur Kapital und Banken

Obwohl viele Unternehmen die Kurzarbeit massiv ausgeweitet haben, schlägt die Krise auch in Niedersachsen auf den Arbeitsmarkt durch. Nach dem Automobilzulieferer Karmann in Osnabrück drohen auch bei der Continental AG in Hannover Massenentlassungen, und viele Firmen bauen Personal ab. Der Automobilzulieferer Stankiewicz in Adelheidsdorf bei Celle beispielsweise wird im Juli rund 130 Beschäftigte vor die Tür setzen. In kleinen und mittleren Unternehmen sowie im Handwerk droht landesweit der Abbau zehntausender Arbeitsplätze. Die Landesregierung sieht tatenlos zu oder macht wie bei Karmann leere Versprechungen. Gleichzeitig schützt sie Banken und Spekulanten und gibt 770 Millionen Euro für das sogenannte Bankenrettungspaket der Bundesregierung. „Die Landesregierung muss

sich endlich an einem Schutzschirm für Arbeitsplätze beteiligen, anstatt Steuergelder für marode Banken in den Sand zu setzen“, mahnte Ursula Weisser-Roelle, wirtschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag.

DIE LINKE hatte eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt, um ein Sieben-Punkte-Sofortprogramm zur Belebung des Arbeitsmarktes in Niedersachsen vorzustellen. Dazu gehören Gesetze, die die Interessen der Beschäftigten bei drohenden Massenentlassungen stärken und faire Rahmenbedingungen für Leiharbeiter festlegen. Letztere werden mies bezahlt und sind die ersten, die arbeitslos werden. SPD und Grüne haben vor fünf Jahren im Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz das sogenannte Synchronisierungsverbot aufgehoben. Damit wurde in

der Vergangenheit verhindert, dass Leiharbeiter nach dem Ende ihres Auftrags bei einem Kunden sofort nach Hause geschickt werden konnten. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die selben Arbeitsbedingungen wie für die Festangestellten müssen auch für Leiharbeiter gelten“, betonte Weisser-Roelle und forderte eine Bundesratsinitiative. Auch junge Beschäftigte



*Ein Gesetz muss her, das die schräge Geschäftspolitik vieler Leiharbeitsfirmen beendet.*

unter 25 Jahren sind besonders von Jobverlust und Perspektivlosigkeit bedroht und brauchen die Hilfe des Landes. In Not geratene Unternehmen könnten von Landesbürgschaften profitieren, wenn sie im Gegenzug Arbeitsplätze erhalten und mehr Mitbestimmung zulassen. Für eine nachhaltige Energieversorgung und zukunftssichere Arbeitsplätze müssen Erneuerbare Energien flächendeckend ausgebaut werden. Außerdem hat die Linksfraktion nach dem Vorbild von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose beantragt. Sie haben in der Krise sonst überhaupt keine Chance mehr, einen anständig bezahlten Job zu ergattern. In einem ersten Schritt sollen bis Jahresende 5.000 Vollzeitstellen geschaffen werden.

## SOMMERRATSSCHLAG 2009

### Durch Demokratie aus der Krise

*Diskussionen, Arbeitsgruppen, Kultur*

**Am 8. und 9. August 2009  
im Freizeithaus Vahrenwald, Hannover**

Nähere Infos demnächst unter [www.linksfraktion-niedersachsen.de](http://www.linksfraktion-niedersachsen.de)